

Neue Bomber, alte Strategie

Atomare Abrüstung: „Schwer, aber machbar“ und „Protest gegen Atomwaffen“, FR-Meinung vom 6.8. und -Politik vom 30.7.

Aggression durch die Garantiemacht Russland

Andreas Schwarzkopf fordert von den EU-Staaten in seinem Leitartikel zur atomaren Bedrohung eine „schrittweise Abrüstung“. Sie sollten gleichzeitig versuchen, mit „Moskau über vertrauensbildende Maßnahmen zu reden mit dem Ziel, Abrüstung zu ermöglichen“. Das sei „schwer, aber machbar“, die Sicherheit Europas sei nicht gefährdet.

Nun hat genau dies ein europäisches Land tatsächlich gemacht: die Ukraine, die 1993 die drittgrößte Atommacht der Welt war. 1994 verzichtete sie im „Budapester Memorandum“ im Rahmen der KSZE-Konferenz auf alle Atomwaffen. Als Gegenleistung garantierten die USA, Großbritannien und Russland die Souveränität der Ukraine und die bestehenden Grenzen sowie den Verzicht jeglicher militärischer Besetzung. Dazu kamen 1991, 1997 und 2003 weitere Abkommen und Deklarationen, in denen Russland die Grenzen zusicherte. 2001 schickte die Ukraine den letzten Sprengkopf zur Demontage nach Russland.

Was brachte die Appeasement-Politik dem Land? Einmarsch, Annexion der Krim und einen hybriden Krieg im Osten mit 13 000 Toten. Und das ausgerechnet durch die Garantiemacht. Am 15.3.2015 erklärte Putin im russischen Staatsfernsehen, dass er im Konflikt um die Krim kurz davor stand, die Nuklearwaffen seines Landes in Alarmbereitschaft zu versetzen. Er habe so auf eine mögliche westliche Einmischung reagieren wollen. Dieser einzigartige Fall von Selbstentwaffnung stimmt nicht gerade hoffnungsvoll.

Die „Zeit“ schrieb 2014, keine Atommacht sei je von einer anderen angegriffen oder besetzt worden. Länder, die auf dem

Wege zur Bombe seien, würden den Fall Ukraine sehr aufmerksam analysieren, zumal den Wert von Garantien, wenn die einem Schirm glichen, der im Regen eingeklappt werde.

Helmut Lange, Groß-Gerau

Nukleare Teilhabe entpuppt sich als Gefangenschaft

Dem Kommentar von Andreas Schwarzkopf, in dem 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki die Dringlichkeit atomarer Abrüstung eingefordert wird, ist weitgehend zuzustimmen. Die Sicherheit der Europäer wäre bei einer schrittweisen Abrüstung nicht gefährdet, heißt es in dem Kommentar. Aber warum folgt dann nicht auch die konkrete Forderung an die Bundesregierung, den seit drei Jahren existierenden UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen? Heiko Maas hatte die angesichts des Plans des Verteidigungsministeriums, bei den USA neue Bomberjets für die Atomwaffen in Büchel zu kaufen, von der SPD-Spitze angestoßene Initiative zur Beendigung der nuklearen Teilhabe abgewürgt.

Aber diese Debatte muss weitergehen! Denn die nukleare Teilhabe entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nukleare Gefangenschaft: Im Ernstfall müssten potentielle Gegner die Bomben in Büchel vorrangig zerstören. Und diese nukleare Teilhabe ist völkerrechtswidrig, weil Deutschland im Atomwaffensperrvertrag zugesichert hat, Atomwaffen auch nicht unmittelbar anzunehmen. Jetzt ist die Annahme mittelbar, im Ernstfall, in dem nach Nato-Lesart der Sperrvertrag nicht mehr gilt, ist sie unmittelbar. Deshalb hatten vor Kurzem rund 130 Mitglieder der Friedensbewegung an die Tornado-Piloten in Büchel appelliert, die Mitwirkung an der nuklearen Teilhabe zu verweigern. Laut Taschenkarte

der Bundeswehr ist deutschen Soldaten der Einsatz von Atomwaffen verboten. Würden also solche Befehle erteilt, wären diese rechtswidrig und dürften nicht befolgt werden.

Martin Singe, Bonn

Der Protest muss lauter werden

Mit Nachdruck ist die FR dafür zu loben, dass über die Greenpeace-Aktion gegen die Anschaffung neuer Atombomber berichtet worden ist. Es ist an der Zeit, die Stimme zu erheben und sich lautstark gegen den Kauf von Kampfjets zu Wort zu melden, die die Tornados ersetzen sollen und die mit den in Büchel lagernden Atombomben bestückt werden können.

Die Befürworter der neuen F-18 Bomber für die Bundeswehr sehen diese atomwaffenfähigen Jets als Garanten für die sog. nukleare Teilhabe an, auf deren Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit die Friedensbewegung unentwegt hinweist.

Auch die SPD-Partei- und Fraktionsführung äußert Kritik an den Plänen der Verteidigungsministerin und stellt die Nuklearstrategie in Frage; sie hält aber an der Zustimmung der SPD-Minister*innen im Bundeskabinett fest – vgl. „Bundesregierung hält an nuklearer Teilhabe fest“ (bundestag.de/presse/hib/707514-707514) und lässt auch die Äußerung des verteidigungspolitischen Sprechers der Fraktion, nukleare Teilhabe sichere Mitsprache, völlig unkommentiert. Ob und wann die SPD endlich zu klaren und eindeutigen Positionen findet, bleibt ungewiss.

Der Protest – auch auf der Straße – muss daher meines Erachtens gestärkt, der Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöht werden!

Armin Lauen, Bonn

Diskussion: [frblog.de/nuklear](https://www.frblog.de/nuklear)



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200810](https://www.frblog.de/lf-20200810)
Eine Übersicht über die Themen des FR-Blogs finden Sie unter: [frblog.de/aktuell](https://www.frblog.de/aktuell)

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf diskutiert mit Gregor Hofmann von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über „Die Katastrophe in der Katastrophe – Wenn die Pandemie eine ohnehin hoffnungslose Situation noch verschlechtert“ über Menschen in Konfliktgebieten und Flüchtlingslagern. Verfolgen Sie das Gespräch und diskutieren Sie mit:
Donnerstag, 20. August, 19 Uhr
www.boell-hessen.de/YouTube

Stephan Hebel und Club Voltaire laden wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion über aktuelle politische Themen. Auch diesmal digital.
Donnerstag, 3. September, 19 Uhr
<https://us02web.zoom.us/j/84165015963>
Einwahlnummern für die Teilnahme per Telefon:
069 38 07 98 83 / 069 71 04 99 22
Meeting-ID: 841 6501 5963

Eine Stadt im Alarmzustand

Beirut: „Katastrophe mit Ansage“, FR-Politik vom 7. August

Die Berichte über die Explosion in Beirut erinnern mich mit Schauern an den Brand im Kunstdüngerlager der Hoechst AG in Frankfurt Höchst im März 1961. Der damalige Schadensfall hätte zu einer ähnlichen Katastrophe führen können wie die Explosion in Beirut. Zum Glück bekam man den Brand unter Kontrolle, so dass lediglich die umliegenden Stadtteile und Gemeinden unter den Gasen zu leiden hatten und in Alarmbereitschaft bleiben mussten. Als Mitarbeiter der Farbwerke, der an diesem Vormittag außerhalb des Werks tätig war, war es strikt verboten, das Werk an diesem Tag zu betreten, d.h. die Werksleitung war sich bewusst, welche Gefahren von dem Brand ausgingen. Friedrich Kössl, Düsseldorf

Der Preis für menschliches Unvermögen

Der Libanon braucht Milliarden. Syrien braucht mehr Milliarden. Der Jemen braucht Milliarden. Die Wirtschaft der EU braucht ganz viele Milliarden. Wo kommen diese Milliarden her? Ich nehme an, die Summen bedeuten Geld, Investitionen und Kapital. Das wird nicht immer ausgesprochen, als wüssten schon alle, um was es geht: um Kapital, das einer mehr als 80 Jahre bestehenden Logik folgend aus einem immer stärker steigenden Naturverbrauch entsteht, zugunsten der Förderung einer weltweiten Technisierung und Industrialisierung und zulasten der Ökosysteme dieses Planeten.

Der Mensch braucht zum Leben gesunden Boden, sauberes Wasser, Nähe, Schutz und Sicherheit. Solch ein Bedarf summiert sich bei richtiger Wirtschaftsweise weltweit auf einen Preis, der auch für Milliarden von Menschen gemeinsam mit der Natur bezahlbar bleibt.

In unserem kriegszerstörten Land haben 1946 zur Stunde Null menschliche Köpfe im Eindruck der Notwendigkeit zur Besinnung auf das Wesentliche beeindruckende Klugheit entwickelt, die mehr als 70 Jahre ein friedlich funktionierendes, stabiles, demokratisches Gemeinwesen ermöglichte. Es braucht heute diesen Rat an unabhängigen klugen Köpfen, die sich Gedanken machen, wie die unbesehbare Not in so vielen Ländern bewältigt werden kann, ohne dass die verletzte, notleidende Natur weiter den Preis für menschliches Unvermögen zahlt. Vielleicht schenkt das Corona-Virus das notwendige Gefühl einer Stunde Null, in der etwas grundsätzlich gedacht werden muss.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

SORRY

Im Leitartikel „Geld allein hilft nicht“ (10. August, Seite 11) haben wir Emmanuel Macron als französischen Ministerpräsidenten bezeichnet. Er ist Staatspräsident.

Schwarze Musiker haben immensen Einfluss

Reportage: „Hinsehen kann ich kaum irgendwo so gut wie in Harlem“, FR-Politik vom 6. August

Vielen Dank für den tollen Artikel von Sebastian Moll. Zu vielen Punkten gäbe es noch viel zu erzählen. Mich reizt am meisten, zum Thema Musik weiter auszuholen, um der schwarzen Bevölkerung wenigstens in dieser Hinsicht eine adäquate Würdigung zukommen zu lassen. Ganz große Namen vom Oldtime-Jazz bis in die Bebop-Ära hatten afrikanische Wurzeln wie die genannten Miles Davis, Ella Fitzgerald, Mahalia Jackson (weniger im Jazz), Louis Armstrong u.v.m. Die intensivsten Interpreten der Soulmusik waren Afroamerikaner (Wilson Pickett, Otis Redding, James Brown ...). Und die unheimlich umfangreichen Facetten der Bluesmusik, deren Ursprung den Sklaven auf den Baumwollfeldern zugeschrieben wird. Immer im traditionellen A-A-B-Versmaß wurden die gleichen Themen immer wieder neu behan-

delt: Frau verlässt Mann, Arbeiten bei der Eisenbahn oder auf dem Feld, Ärger mit Vorgesetzten, Alkohol usw. Alles Dinge, die teils verschlüsselt oder verfremdet die Unterdrückung der Schwarzen ausdrücken sollten.

Neben der Gospelmusik ist eine Musikrichtung aus den 50ern bis in die frühen 60er Jahre zu nennen, die fast vollkommen in Vergessenheit geraten ist: Doo-Wop, mehrstimmige Musik, teils a capella, meist aber mit Begleitung durch eine Rhythmusgruppe. Die Musiker (80 bis 90 Prozent Afroamerikaner) kamen aus den „abgehängten“ Teilen der Großstädte. Es war oft die einzige Möglichkeit, dem Alltagsfrust, Gewalt, Arbeitslosigkeit zu entfliehen, eine Vokalgruppe zu gründen und wenigstens lokal ein bisschen Anerkennung zu erreichen. Viele haben nie ein Plattenstudio betreten

können oder nur für ein paar Aufnahmen, von denen, wenn es gut lief, zwei für die Veröffentlichung auf einer Single verwendet wurden. Der Rest verstaubt in Archiven oder wird mittlerweile von Rechercheuren wieder zugänglich gemacht. Der Einfluss schwarzer Musiker auf den Musikmarkt ist immens.

Leider spielt das im Alltagsrassismus kaum eine Rolle. Barack Obama war es, der spontan in seiner Heimatstadt bei einem lokalen Konzert auf die Bühne sprang, um ein Mikrofon bat und textsicher „Sweet Home Chicago“ mitsang. Als er aber bei der Trauerfeier nach dem Massaker von Charleston „Amazing Grace“ solo anstimmte, hat's mich alten Sack fast zerrissen. Kann man sich in beiden Szenen einen seiner Vorgänger oder gar seinen Nachfolger vorstellen? Ich nicht. Horst Weitzel, Frankfurt